

16.03.2015

Dr. Martin Hagen

4746

Vorlage für die Sitzung des Senats am 24.3.2015

„Ergebnis und Übertragung BASIS.bremen auf die Bereiche Bildung und Polizei“

A. Problem

Mit Beschluss vom 29.11.2011 hat der Senat entsprechend der Vorlage 123/18 beschlossen die Standardisierung und Vereinheitlichung des IT-Supports für die bremische Verwaltung durch Übertragung dieser Aufgabe an Dataport durchzuführen. Damit sollen Sicherheit und Qualität des IT-Betriebs gewährleistet werden. Das Projekt BASIS.bremen wurde zum 31.12.2014 beendet. Restarbeiten werden durch die Linienorganisation durchgeführt.

Im o.g. Senatsbeschluss wurde für die Bereiche Schulen und Polizei festgelegt, dass eine Umstellung erst nach Klärung des Umganges mit den existierenden besonderen Infrastrukturen beginnen soll.

B. Lösung

Mit dem erfolgreichen Projekt BASIS.bremen wurden die Grundlagen für eine vereinheitlichte, sichere IT-Landschaft im Kernbereich der bremischen Verwaltung geschaffen.

Dies beinhaltet eine Mindestsicherheitsausstattung der IT-Netze, eine Vereinheitlichung und Standardisierung der Hard- und Software, eine Definition und Controlling der IT-Support-Prozesse und die Überführung der Fachverfahren in ein professionell betriebenes Rechenzentrum.

Diese Konzepte wurden flächendeckend erfolgreich in 62 Dienststellen umgesetzt. In den Behörden Statisches Landesamt, Amt für Straßen und Verkehr, Geoinformation Bremen, Gesundheitsamt und bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit sind noch Restarbeiten durchzuführen, diese werden bis 30.06. 2015 fertiggestellt (s. Abb. 1).

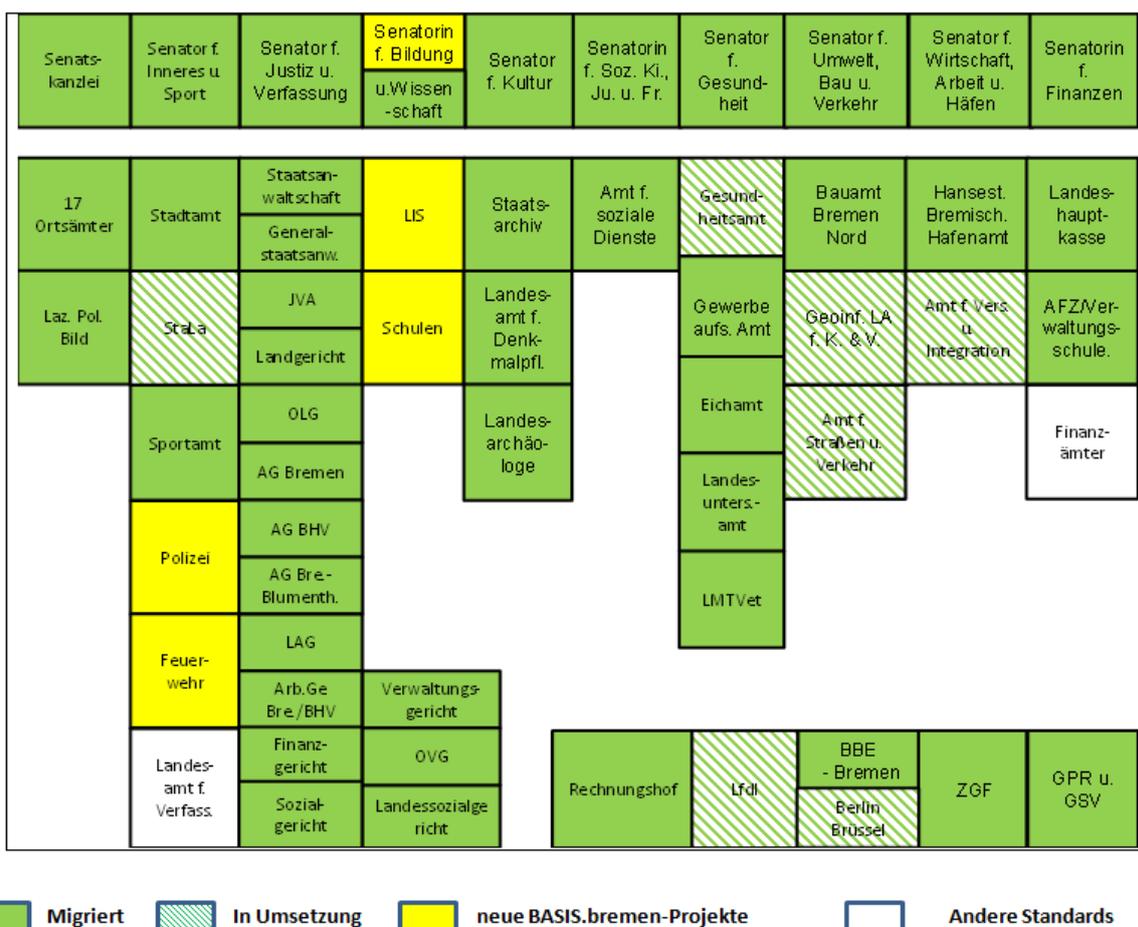


Abbildung 1: Übersicht migrierte Ressorts und Dienststellen Stand 16.03.2015

Im Einzelnen:

Einheitliches, sicheres LAN (Managed Port)

Die einheitliche sichere Netzwerkinfrastruktur wurde erreicht, in dem eine Anforderung „managed port“ entwickelt wurde, die sichere, definierte und dokumentierte Kommunikationswege im Dienstleister-Netz schafft. Einheitliche Leistungsvereinbarungen („Service-Levels“), Leistungsübergaben und MAC-Security (technische Zugangskontrollen im Bremer Verwaltungnetz) wurden umgesetzt. Betreiber ist die BREKOM, deren Netzinfrastruktur-Serviceprozesse auf diejenigen des IT-Support- und Rechenzentrumsbetreibers Dataport abgestimmt wurden. Es sind nun 178 Standorte der Kernverwaltung auf einem einheitlichen, sicheren Grundstandard.

Ein in Soft- und Hardware standardisierter BASIS.bremen PC

Der BASIS.bremen PC ist das unmittelbar sichtbare und in der täglichen Arbeit für die Beschäftigten erlebbare Ergebnis des Projektes. Dahinter verbirgt sich eine für inzwischen 5.099

Beschäftigte nutzbare, ständig aktualisierte Softwareauswahl mit einer leistungsfähigen Hardware (PC oder Laptop). Die Verwaltung kommuniziert mit gleichen Versionen und nutzt alle Beschaffungsvorteile bei Beschaffung von Hardware und bei Lizenzen – und dies sogar im Verbund mit der Freien und Hansestadt Hamburg, wo 22.000 BASIS-Arbeitsplätze betrieben werden.

Definierte Support-Prozesse

Im Rahmen des Projektes wurde ein gemeinsames Service Level Agreement (BASIS SLA) für Hamburg und Bremen entwickelt, abgestimmt und das Verfahren zur kontinuierlichen Weiterentwicklung festgelegt. Ergänzt wird diese Vereinbarung durch die Verzahnung mit den Service-Leistungen der BREKOM für die lokalen Netzwerke (LAN). Geregelt sind in diesem Vertragswerk Störungsmeldungen (User Helpdesk (UHD)), Reaktionszeiten, Aufträge für Soft- und Hardware und Telearbeitsplätze, Standardersatzbedarfe, sog. Eskalationen und Beschwerden, Anfragen und Angebote etc. Es wurde zudem ein adressatengerechtes Berichtswesen zur Steuerung der Dienstleister etabliert.

Professionell betriebene Fachverfahren

Neben der Übertragung des Arbeitsplatz-Supports war die Überführung des Betriebes von bisher dezentral betriebenen Fachverfahren ein Ziel des Projekts um im Rechenzentrum von Dataport eine standardisierte Infrastruktur, definierte Datenschutz- und Sicherheitsstandards, einheitliche Prozesse und Service-Level sowie die Nutzung des länderübergreifenden Leistungskataloges sicherstellen zu können.

Die Migration der Fachverfahren erwies sich im Projekt als komplizierter Prozess. Für bisherige eigene Serverlösungen musste zunächst ein Profil erstellt werden (Leistungen, Kosten, Verfügbarkeit, Sicherheitsstandards, etc.). Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen zu Kosten und Nutzwert lagen in vielen Fällen nicht vor, diese mussten in einem weiteren Schritt nachgeholt werden. Schließlich müssen für die angestrebten zentralen Server- und Supportlösungen die ermittelten Kosten durch entsprechende Umschichtungen in den Haushalten erwirtschaftet werden. Trotz dieser Probleme sind bereits in großem Umfang Migrationen von Fachverfahren beauftragt. Der Prozess der Umstellung wird gezielt fortgesetzt.

Erfolgskontrolle

In der Planungsphase des Projektes wurde durch die Senatorin für Finanzen eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die Pilotbereiche vorgelegt. Die zugrunde gelegte Methodik und das Vorgehen wurde durch die Senatorin für Finanzen entwickelt und mit dem Rechnungshof besprochen. In weiten Bereichen konnte eine Übereinstimmung in den Berechnungsmodellen

hergestellt werden. Zusätzliche Kennzahlen wurden gemeinsam definiert. Grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen wurden herausgearbeitet und dargestellt. Eine Erfolgskontrolle wurde in der Version 1.1 vorgelegt und am 17.10.2014 im Rechnungsprüfungsausschuss behandelt.

Im Ergebnis konnten zum einen Einsparungen bei den Entwicklungskosten und den Betriebskosten realisiert werden. Die Senatorin für Finanzen führt diesen Nachweis durch eine ständig aktualisierte Erfolgskontrolle, in der Entwicklungskosten und -nutzen und Betriebskosten und -nutzen miteinander verglichen werden. Nach der Umstellung der bisher abgerechneten Arbeitsplätze stehen saldierte Entwicklungskosten und -nutzen von -1.878.647,55 EUR den saldierten Betriebskosten und -nutzen von 7.723.549,02 EUR im Zeitraum von 2010 bis 2022 gegenüber. Auf der anderen Seite ist die Personalentwicklung in den Dienststellen zum Teil noch nicht umgesetzt bzw. abgeschlossen worden. Die Ressorts und Dienststellen haben jedoch bereits mit dem Personalabbau im IT-Bereich begonnen und entsprechende Stellen nicht wiederbesetzt.

Die Maßnahme führt damit nicht nur zu einem Sicherheits- und Betriebsstabilitätsgewinn, sondern ist auch wirtschaftlich. Über die genaue Aufschlüsselung berichtet der Senat regelmäßig, u.a. gegenüber dem Haushalts- und Finanzausschuss.

Resümee

Das Projekt BASIS.bremen hat eine einheitliche IT-Landschaft mit Sicherheitsstandards und Service Level Agreement geschaffen.

Die Arbeitsplätze fast aller Dienststellen der Kernverwaltung sind in die Dataport Struktur überführt.

Die Ergebnisse der IT-Zufriedenheitsumfrage 2014 zeigen, dass die Einführung von BASIS.bremen zu erheblichen Verbesserungen bei der Kundenzufriedenheit geführt hat. Auch die Erreichbarkeit und das Zeitverhalten des Supports wurde verbessert.

Weitere Schritte

Nach der erfolgreichen Einführung von BASIS.bremen und der Klärung der infrastrukturellen Voraussetzungen planen nun der Senator für Bildung und Wissenschaft und der Senator für Inneres und Sport die Einführung von BASIS in den Bereichen der Schulverwaltung inkl. der Schulsekretariate und bei der Polizei.

Bei der Senatorin für Bildung und Wissenschaft steht die Ablösung bzw. Überführung des bisherigen eigenen Bildungsnetzes mit einer engen technischen Verzahnung von Verwaltungs- und Pädagogikaufgaben an. Der engere Verwaltungsbereich mit der senatorischen Dienststelle (und den dort wahrgenommenen zentralisierten Schulverwaltungsaufgaben für alle öffentlichen Schulen), den Schulleitungs- und Verwaltungsaufgaben in den 145 Schuldienststellen und des Landesinstituts für Schule sollen in die Funktionalität des standardisierten BASIS.bremen-Pakets überführt werden. Betroffen sind rd. 1.570 Arbeitsstationen. Die Einbeziehung für das davon abzutrennende Pädagogiknetz mit derzeit rd. 9.700 Arbeitsstationen ist in einem gesonderten Projekt vorzunehmen. Dazu werden gemeinsam mit dem Finanzressort Prüfungen/Planungen aufgenommen, ob auch diese Aufgaben mit der Zielsetzung wie bei BASIS. Bremen der Standardisierung, der Erhöhung der Sicherheitsstandards sowie der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit perspektivisch dem Dienstleister Dataport übertragen werden können.

Bei der Polizei wird das BASIS.bremen Modell wegen der dort bestehenden Anforderungen zu einem „Polizei-PC“-Konzept weiterentwickelt. Die Senatorin für Finanzen unterstützt diese Projekte durch die Linienorganisation für BASIS entsprechend den anderen Ressorts im laufenden Betrieb und beteiligt sich an den jeweiligen Lenkungsgruppen. Die Senatorin für Finanzen wird zudem Projektunterstützung in den Projektgruppen sicherstellen.

C. Alternativen

Keine. Die Umsetzung entspricht dem Senatsbeschluss vom 2011. Nur die flächendeckende Einführung von BASIS.bremen gewährleistet die vollständige Hebung von Synergieeffekten und ein Maximum an erreichbarer IT-Sicherheit. Ein Wechsel der Betriebsmodelle würde im Gegenteil zu Mehrkosten gegenüber dem bisherigen Stand führen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Für die Einführung des BASIS.bremen bzw. Polizei-PC fallen wie schon in der Kernverwaltung die einmaligen Projektkosten und die entsprechenden Betriebskosten an. Gleichzeitig profitieren die Bereiche von der erhöhten Sicherheit und Betriebsstabilität und den Synergieeffekten. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der in den letzten Jahren aufgebauten besonderen Infrastruktur- und Sicherheitsanforderungen der Polizei diese deutlich über den Kosten des Projektes BASIS.bremen liegen werden und mittelfristig nicht durch kamerale Einsparungen innerhalb des Ressorthaushaltes Inneres und Sport zu erwirtschaften sind. Auch die Integration der Schulverwaltung in BASIS.bremen erfordert Anpassungen bei den heutigen kameral gebuchten IT-Kosten im Bildungsbudget. Die entsprechenden Planungen sind im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2016/17 im Rahmen der Haushaltsberatungen zu konkretisieren.

Die Einführung von BASIS.bremen hat keine unterschiedlichen Auswirkungen auf die Geschlechter.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Senatsvorlage ist mit der Senatorin für Bildung und Wissenschaft und dem Senator für Inneres und Sport abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet.

Einer Veröffentlichung im Informationsfreiheitsgesetz steht nichts entgegen.

G. Beschluss

1. Der Senat nimmt die abgeschlossene Einführung von BASIS.bremen in Verwaltungsdienststellen zur Kenntnis.
2. Er ist damit einverstanden, dass die Senatorin für Bildung und Wissenschaft und der Senator für Inneres und Sport mit den aufgezeigten Veränderungen der IT-Unterstützung in ihren Geschäftsbereichen beginnen und bittet sie um Berücksichtigung der für diese Zukunftsinvestitionen notwendigen Mittel in ihren Haushaltsplanungen.
3. Er bittet die Senatorin für Finanzen um eine dem bisherigen Umstellungsprozess auf BASIS.bremen in allen Ressorts vergleichbare Begleitung und Unterstützung dieser Vorhaben.